

Oliver Auge (Hg.)
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt



Christian-Albrechts- Universität zu Kiel

350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt

Herausgegeben von Oliver Auge

350

WACHHOLTZ
MURMANN PUBLISHERS

1. Auflage 2015

© 2015 Wachholtz Verlag – Murmann Publishers, Kiel/Hamburg

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das
gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.







Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg
Printed in Germany
ISBN 978-3-529-05905-6

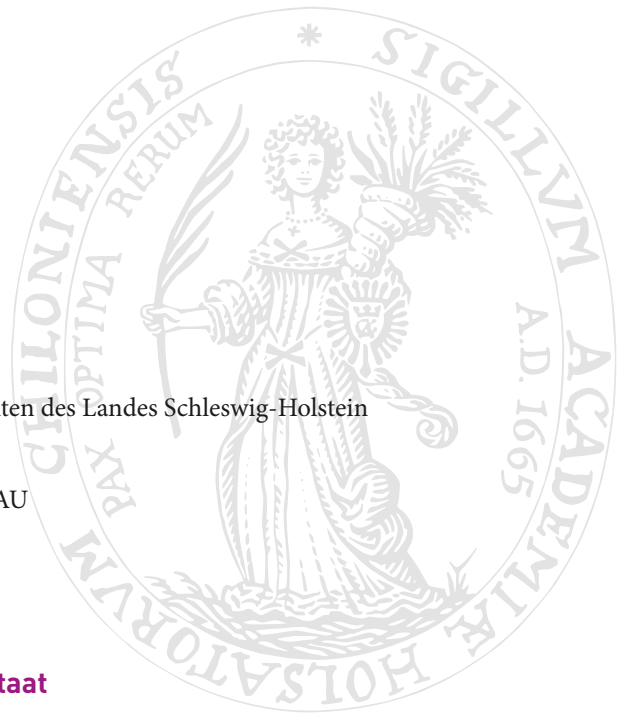
Besuchen Sie uns im Internet:
www.wachholtz-verlag.de

Inhalt

- Torsten Albig
11 Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein
- Lutz Kipp
13 Vorwort des Präsidenten der CAU
- Oliver Auge
19 Vorwort des Herausgebers







Verhältnis zu Stadt und Staat

- Ulf Kämpfer
29  Lebendige Zweierbeziehung: Die CAU und die Landeshauptstadt Kiel
- Kristin Alheit
41  Die CAU und das Land Schleswig-Holstein
- Uta Kuhl
51  Wissenschaften und die Gelehrsamkeit um ihrer selbst willen – Die Gottorfer Herzöge als Förderer der Wissenschaft
- Olaf Mörke
67  Das Verhältnis von Universität und Staat im Spannungsfeld von Selbst- und Fremdbestimmung
- Swantje Piotrowski
107  Die Finanzierung der Christiana Albertina in der Frühen Neuzeit 1665 bis 1800
- Gerhard Fouquet
141  »Woher das Geld nehmen zur Verbesserung der Universität?« – Die Finanzen der Kieler Universität 1820 bis 1914



-
- Klaus Gereon Beuckers**
- 175  Gebaute Bildungspolitik. Die architektonische Entwicklung der CAU
- Oliver Auge**
- 216  Die CAU feiert: Ein Gang durch 350 Jahre akademischer Festgeschichte
- Martin Göllnitz**
- 260  »Hier schweigen die Musen« – Über die erfolgten Schließungen und geplanten Aufhebungen der Christiana Albertina
- Ludwig Steindorff**
- 277  Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft

Die Fakultäten

- Rudolf Meyer-Pritzl**
- 291  Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
- Wolfgang J. Duschl**
- 305  Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
- Joseph-Alexander Verreet**
- 313  Die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät
- Thorsten Burkard und Markus Hundt**
- 329  Die Philosophische Fakultät
- Andreas Müller**
- 344  Die Theologische Fakultät
- Jörn Henning Wolf**
- 360  Streiflichter auf das Leistungsspektrum und wissenschaftliche Forschungsprofile der Kieler Hochschulmedizin in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart

Michael Illert und Ulrich Stephani

- 378  Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel – Im 350. Jahr

Horst Raff


- 391  Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Frank Paul


- 405  350 Jahre CAU – 25 Jahre Technische Fakultät

Forschende, Lehrende, Studierende


Oliver Auge

- 425  Der Kieler Professor bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts – Eine typologische Annäherung


Swantje Piotrowski

- 451  Vom Wandel der Fakultätenhierarchie und der Entwicklung des Lehrkörpers an der Christiana Albertina in der Zeit von 1665 bis 1815

Martin Göllnitz

- 498  Forscher, Hochschullehrer, Wissenschaftsorganisatoren: Kieler Professoren zwischen Kaiserreich und Nachkriegszeit

Gabriele Lingelbach

- 528  Akkumulierte Innovationsträgheit der CAU: Die Situation von Studentinnen, Wissenschaftlerinnen und Dozentinnen in Vergangenheit und Gegenwart


Rainer S. Elkar

- 561  Beteiligung und Verantwortung – Ausschnitte einer studentischen Geschichte zu Kiel

Wilfried Müller

- 611  Die Kieler Studierendenbewegung – Eine persönliche Chronologie

Stefan Bichow

- 622  »Verfolgung und Ermordung der Universitätswürde 1968« –
Die Studentenproteste an der Christian-Albrechts-Universität

Franz Hausmann

- 637  Vom »Tumult« zu einer studentischen Interessenvertretung

Lena Denecke

- 648  Der AStA der CAU von 1968 bis 2008

Steffen Regis

- 664  Von, mit, für Studierende! – Über die Studierendenvertretung
der CAU in den Jahren 2008 bis 2014 und ihre Perspektiven

Jan-Peters Janssen

- 679  Leibesübungen und Sport an der Kieler Universität – von der
Dänenzeit bis zur Weimarer Republik

Exzellenz im Norden


Gerd Hoffmann-Wieck

- 699  Das GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung
Kiel und die Geschichte der Kieler Meereskunde

Martin Visbeck und Ralph R. Schneider

- 724  Exzellenzcluster *Ozean der Zukunft*

Denis Schimmelpfennig

- 736  Forschungsschwerpunkt Nanowissenschaften und
Oberflächenforschung

Johannes Müller


- 748  Von Johanna Mestorf zur Akademie – Die Rolle von
Gesellschaft, Archäologie und Landschaft an der CAU

Stefan Schreiber


- 775  Exzellenzcluster *Entzündung an Grenzflächen*

Weltwissen – Die Sammlungen

Else Maria Wischermann

- 799  Geschichte und Gegenwart der Universitätsbibliothek –
350 Jahre im Dienst der Universität


Claus von Carnap-Bornheim

- 815  Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen
Schloss Gottorf – Ein Essay


Anette Hüsch

- 829  Dreihundertfünfzig


Joachim Raeder

- 837  Die Antikensammlung in der Kunsthalle zu Kiel


Tobias Delfs und Martin Krieger

- 853  Das Völkerkundemuseum der CAU


Dirk Brandis und Wolfgang Dreyer

- 881  Die zoologischen Schätze der Universität – Ein Jubiläum
im Jubiläum

Andreas Villwock

- 895  Aquarium des Instituts für Meereskunde an der Universität
Kiel – Heute: Aquarium GEOMAR

Eckart Bedbur

- 907  Die Geologische und Mineralogische Sammlung

Eva Fuhry

- 915  Die Medizin- und Pharmaziehistorische Sammlung

Martin Nickol


- 926  Die Geschichte des Botanischen Gartens

Jobst Sievers und Bernhard Tillmann


- 938  Die wissenschaftliche Sammlung im Anatomischen Institut der CAU

Die CAU International


Oliver Auge und Martin Göllnitz

- 949  Kieler Professoren als Erforscher der Welt und als Forscher in der Welt: Ein Einblick in die Expeditionsgeschichte der Christian-Albrechts-Universität

Michael Müller-Wille

- 973  Rektoratsverbindungen zu den Universitäten Rostock und Greifswald sowie zu Hochschulen der Ostseeanrainerstaaten (1989 bis 1992)

Martina Schmode

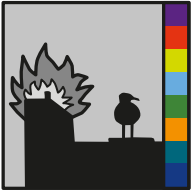
- 991  Hinter dem Horizont geht's weiter – Zur Entwicklung des International Center und internationaler Beziehungen der CAU

Sebastian Elsässer

- 1005  Wie forscht und lehrt man »international«? Das Beispiel der Orientalistik an der CAU

Anhang

- 1021 Abbildungsverzeichnis
- 1025 Verzeichnis der Autorinnen und Autoren



Von, mit, für Studierende! – Über die Studierendenvertretung der CAU in den Jahren 2008 bis 2014 und ihre Perspektiven

von Steffen Regis

Studierendenvertretungen sind bekannt für das öffentlichkeitswirksame Protestieren. Kritische Debatten der letzten Jahre wie die zur geplanten Schließung der Lübecker Medizin und der Unterfinanzierung der Universität waren Anlässe für das Auftreten der Studierendenvertretung in den Medien oder auf der Straße. Die Leistungen der Studierendenvertretung der Christian-Albrechts-Universität (CAU) zu Kiel gehen jedoch deutlich darüber hinaus.

Die Studierendenvertretung der CAU mit dem Studierendenparlament (StuPa), dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), den studentischen Vertreter*innen in den akademischen Gremien und den inzwischen 41 Fachschaftsvertretungen nimmt die Interessenvertretung für rund 24 000 Studierende der CAU wahr. Dabei arbeitet sie auf verschiedenen Ebenen – politisch, beratend, unterstützend, vermittelnd – und auf unterschiedliche Art und Weise – diplomatisch, protestierend, aufbrausend, zurückhaltend. Studierendenvertretung wird von Studierenden für Studierende und mit Studierenden gemacht, und das auf ehrenamtlicher Basis mit meist erheblichem zeitlichen und persönlichen Aufwand. Wenn man also über die Studierendenvertretung und ihre Vertreter*innen spricht, sollte immer im Hinterkopf bleiben, dass sie vor allem eben dieses sind: Studierende.

Studierendenvertretung wird nicht von Profis gemacht, arbeitet aber, wie sich gezeigt hat, in zahlreichen Fällen professionell und mit großem Einsatz, welcher häufig einhergeht mit dem Zurückstellen von Privatem oder des Studiums. Die einfache Regel »Studium geht vor«, welche den Meisten zu Beginn ihrer Zeit in AStA, StuPa oder Fachschaft mit auf den Weg gegeben wird, ist

sicher richtig. In der Praxis wird dieser Vorsatz jedoch immer wieder von Ereignissen überholt, die dazu führen, dass sich Menschen plötzlich in einem Vollzeitjob wiederfinden. Genau diese hohe Einsatzbereitschaft, das Engagement auch gegen heftige Widerstände, der teils nächteraubende Einsatz für »die Sache« und das Über-sich-Hinauswachsen machen einen Reiz der Studierendenvertretung aus.

Anerkennung, Unterstützung und Wertschätzung sind letztlich die Schätze, die dieses Engagement belohnen. Aber ebendiese Schätze sollten der gegenseitige Maßstab für alle ehrenamtlich Engagierten an der CAU sein.

Die Fachschaftsvertretungen

Findet sich der Ursprung der studentischen Interessenvertretung in § 72 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Hochschulgesetz – HSG), so konkretisiert sich die Organisation in 41 Fachschaftsvertretungen, die das Rückgrat der Studierendenvertretung bilden und die Interessenvertretung auf Fachebene wahrnehmen. Sie sind die Ansprechpartner*innen in den jeweiligen Studienfächern, arbeiten unmittelbar an den Instituten für gute Studienbedingungen, beraten, unterstützen und sind die erste helfende Hand für Studierende mit Problemen im Studium. Ihre Sprechstunden und Beratungsangebote haben einen unschätzbaren Wert, da die Studierenden dort meist die besten Tipps und Ratschläge ihrer Kommiliton*innen erhalten, welche ihr Fach und ihr Institut am besten kennen. Sie beraten auf den Studieninformationstagen die zukünftigen Abiturient*innen, nehmen in den Einführungsveranstaltungen die »Erstis« an die Hand, leisten die Interessenvertretung auf Fach- und in der Regel Fakultätsebene und gestalten die alljährliche *Night of the Profs*. Gleichzeitig sind sie das Fundament der Studierendenvertretung, ohne welches alle anderen Gremien nicht arbeitsfähig wären. Fachschaften sitzen am nächsten an den Studierenden, nehmen Probleme, Wünsche, Bedürfnisse wahr und können auch einen erheblichen Teil zur Information der Studierenden, zur Mobilisierung bei Aktionen beitragen. Ihrer Einbindung in die anderen Gremien und Organe kommt eine besondere Rolle zu. Mit dem im Zuge der Systemakkreditierung an der CAU Einzug haltenden Qualitätsmanagement und einem internen Zertifizierungsverfahren

der Bachelor- und Master-Studiengänge steigen Bedeutung und Einflussmöglichkeiten der Fachschaften weiter, da diese nunmehr unmittelbar durch Veränderungsprozesse und kontinuierliche Verbesserung an ihren Studiengängen mitwirken können.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA)

Die Studierenden wählen alljährlich 21 Mitglieder des StuPa der CAU. Dieses beschließt als legislatives Organ grundlegende Positionen der Studierendenschaft, wählt und kontrolliert den AStA, beschließt den allgemeinen und die Fachschaftshaushalte und entscheidet über die individuelle Unterstützung studentischer Initiativen und Projekte. Der AStA ist damit die vom StuPa gewählte Exekutive der studentischen Interessenvertretung. Er übernimmt die Interessenvertretung der Studierenden sowohl hochschulintern als auch gegenüber dem Land und weiteren Akteuren und verhandelt das Semesterticket. Er berät und unterstützt Studierende bei allen studienrelevanten Problemen und bietet zahlreiche Projekte, Veranstaltungen und Serviceangebote, politische Bildungsveranstaltungen und Kulturangebote an. Der AStA arbeitet dabei eng vernetzt mit den Fachschaften zusammen, die über die monatliche Fachschaftsvertreterkonferenz (FVK) und das Fachschaftsreferat in alle relevanten Themen eingebunden sind. Der breite Bereich der Hochschulpolitik im engeren Sinne und der Studienorganisation und -reform inklusive des großen und wichtigen Bereichs der Lehramtsstudiengänge stellt dabei einen Kern der politischen Arbeit der Studierendenschaft dar. Allein mit der inhaltlichen Hintergrundarbeit und der Kommunikation mit Universitätsleitung, Landesregierung und Medien sind mehrere Menschen intensiv beschäftigt. Dauerhafte oder auch gänzlich unerwartet aufflammende Themen oder akute Probleme lassen keinen Zweifel daran, dass in diesem Bereich eine besondere Konzentration vor allem der AStA-Arbeit erfolgen und darauf ein Hauptaugenmerk liegen muss. Mit zahlreichen Referaten bearbeitet der AStA darüber hinaus jedoch verschiedenste Themen, die Studierende direkt oder mittelbar betreffen. Auszugsweise seien genannt: Datenschutz, Öffentlicher Nahverkehr, soziale Themen wie die Förderung nach dem Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz: BAföG), Familienfreundlichkeit,

Gleichstellung und Diversity, Arbeit gegen Diskriminierung und Sexismus, Ökologie, Kulturevents, politische Bildung, Qualitätsmanagement, bundesweite Vernetzung mit anderen Studierendenschaften und Akteuren, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Informationspublikationen, Werbung, Koordination der Arbeit in den zahlreichen studentischen und akademischen Gremien usw.

In eigenständigen Wahlverfahren gliedern sich dem AStA die Referate für Fachschaftsarbeit und das Referat für internationale Studierende an. Letzteres bietet etliche internationale Kulturveranstaltungen oder eigene interkulturelle Seminare an. U. a. für das Kieler Projekt *Internationalize Yourself* wurde Stanislav Sovietsky 2011 mit dem Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) für herausragendes soziales Engagement ausgezeichnet.

Daneben bietet der AStA ein dauerhaftes und qualitativ hochwertiges Beratungsangebot für Studierende, welches sich täglich einer großen Nachfrage erfreut, so z. B. eine allgemeine Studienberatung, die bei allen Fragen von Studienwahl, Stundenplanerstellung bis hin zu möglichen Berufsperspektiven berät. An fünf Tagen pro Woche erhalten Studierende Hilfestellung und alle Tipps und Tricks zum Thema BAföG und anderer Sozialleistungen – ein Angebot, welches immer mehr auch auf die speziellen sozialen Probleme von Studierenden eingeht und Hilfestellung leistet, wenn Studierende aus dem normalen Raster des BAföG herausfallen. Zum Beratungsangebot zählen aber inzwischen auch eine allgemeine Rechtsberatung, Job- und Lohnsteuerberatung, Studieren mit Kind, Studieren mit Handicap und/oder chronischer Erkrankung, außerdem Hilfestellung speziell für Lehramtsstudierende, internationale Studierende und bei allen »queeren« Fragen.

In der Vergangenheit sind zudem zahllose Projekte und Initiativen aus Fachschaftsvertretungen und der AStA-Arbeit hervorgegangen, die verstetigt wurden und inzwischen zum festen Teil des Uni-Lebens zählen. Beispielhaft seien die Bücherbörse, das Projekt *Familie&Campus* oder die Elterninitiative *Krabbelgruppe* in der Mensa II sowie die alljährliche Weihnachtswunschbaumaktion, bei der sich Kinder von Studierenden über kleine Geschenke von anderen Studierenden freuen, genannt.

Meilensteine in den Jahren 2008 bis 2013

Nachfolgend soll auf einige Meilensteine der Jahre 2008 bis 2013 eingegangen werden, die durch nahezu alljährlich wiederkehrende Proteste geprägt waren. Dabei sollte jedoch die Arbeit am »Alltagsgeschäft« nicht vergessen werden, macht Studierendenvertretung doch mehr als das Sichtbare in Form von Protesten aus. Nach den Protesten gegen die Abschaffung des Konsistoriums 2006 sowie gegen die Einführung von Studiengebühren sollte sich der Protest bis heute verstärkt der an vielen Punkten sichtbaren und spürbaren Unterfinanzierung der CAU widmen. Bauliche Mängel, überfüllte Hörsäle und Seminarräume, mangelhafte IT- und Bibliotheksausstattung geben bis heute Anlass für Demonstrationen, Offene Briefe und Appelle.

2009: Bildungsstreik »Uni Kiel brennt« und Bachelor-Master-Kritik



Logo des Bildungsstreiks 2009 an der CAU

Am 18. November 2009 protestierten in Kiel etwa 3500 Studierende und Schüler*innen vor dem Landeshaus gegen unterfinanzierte Hochschulen und schlechte Studienbedingungen. Infolge der Demonstration wurde am Abend die Besetzung der Alten Mensa der CAU ausgerufen – die Studierenden der CAU schlossen sich dem zu dieser Zeit europaweit ausgerufenen Bildungsstreik an und wurden

Teil der rund 230 000 Studierenden in Deutschland, die Verfehlungen der Bildungspolitik nicht länger tatenlos hinnehmen wollten. Neben der Kritik an fundamentalen Grundsätzen des neuen Studiensystems, etwa dem Übergang von Input- zu Output-Orientierung, zunehmendem Einfluss der Wirtschaft auf Studieninhalte (Stichwort »Employability«) und einer normativ vorgesehenen 40-Stunden-Woche (in realita können die Spitzen noch darüber liegen), prägte die unmittelbare Studienrealität die Kritik der Besetzer*innen. Bestimmend gerade für den Bildungsstreik in Kiel war jedoch die Forderung nach der Ausfinanzierung der Hochschulen, inklusive der Forderung nach fairen Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft. Der medial bekannte Dreiklang aus »Verschulung«, »Überbelastung« und »schlechter Betreuungsrelation«, später

zusammengefasst als »Umsetzungsproblem im Bachelor- und Master«, verkürzt diese Kritik dabei massiv. Kurz vor Weihnachten wurde die Alte Mensa von den Besetzer*innen geräumt, nachdem schon zuvor wieder Lehrveranstaltungen ihrerseits geduldet worden waren und der wochenlange Protest zusehends an Gesundheit und Studium genagt hatte.

Kurzfristige Ergebnisse dieser bundesweiten Proteste waren die mediale Aufmerksamkeit abseits des Studiengebührenprotests und das Bewusstsein, dass Studierende durchaus in der Lage sind, gemeinsam und bundesweit gegen Missstände aufzustehen. Konkret fassbare Fortschritte blieben jedoch aus, bis die Kultusministerkonferenz (KMK) schließlich im Februar 2010 die Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen nach eigener Aussage »schnell und umfassend« änderte. Diese einmalige Korrektur stellt jedoch, wie sich an Umfragen und Einzelstudien bis heute zeigt, immer noch keine aus Studierendensicht befriedigende Studienqualität sicher. Wesentliche Reformen der Bildungsfinanzierung sind auch fünf Jahre später immer noch nicht geplant, geschweige denn umgesetzt. Der geplante Fall des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbots, wie im Jahr 2014 diskutiert, kann das Finanzierungsdefizit im außerhochschulischen Bereich nicht nachhaltig beheben.

Auf schleswig-holsteinischer Ebene ist nach der Besetzung 2009 unter stetiger Initiative damals Aktiver das hochschulpolitische Dialogforum mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Fraktionen, dem Wissenschaftsministerium, Hochschulleitungen, Personal- und Studierendenvertretungen entstanden. Es ermöglichte den offenen Austausch über herrschende Probleme abseits starrer Gremienformate gemeinsam mit allen Beteiligten.

2010: Lübeck kämpft für seine Uni

Im Jahr 2010 plante die damalige CDU / FDP-Landesregierung die Streichung des Medizin-Studiengangs an der Universität zu Lübeck, was Anlass für Befürchtungen gab, dass die gesamte Universität hierunter würde leiden müssen. Alsbald kam die Befürchtung auf, die Lübecker Universität stünde vor der Abwicklung und baldigen Schließung. Ein breites Bündnis aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und vor allem der Lübecker Bevölkerung forcierte daraufhin den Protest gegen das Vorhaben und die Sparpolitik in der schleswig-holstei-

nischen Wissenschaftslandschaft. *Lübeck kämpft*, Schwarz auf gelbem Hintergrund wurden die beherrschenden Farben des Sommers 2010 auch in Kiel. Schließlich demonstrierten am 16. Juni 2010 rund 14 000 Menschen gegen die Kürzungspläne in Kiel. Tatkräftig wurde der federführende Lübecker AStA dabei von den Studierenden aus Kiel unterstützt, wobei besonders die Fachschaft Medizin, etliche weitere Fachschaften sowie der damalige AStA, wesentlich be-

Lübeck kämpft für seine Uni – Kiel kämpft mit: Demonstration am 16. Juni 2010 in Kiel



stehend aus der ehemaligen Hochschulgruppe Fachschaftsliste, herausragende Erwähnung finden müssen! Letztendlich verhinderte das gesellschaftliche und studentische Engagement, der breite Protest im Land die Kürzung in Lübeck, und Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) sowie Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) handelten unter diesem Druck einen »Deal« aus, der den Hochschuletat des Landes so weit entlastete, dass die geplanten Kürzungen in Lübeck ausblieben.



2012: Landesweiter Aktionstag Bildung

Vor der Landtagswahl 2012 in Schleswig-Holstein fand sich ein Bündnis aus Landes-Asten-Konferenz und Landesrektorenkonferenz zusammen, welches mit der Kampagne *Zukunftspakt Hochschulen* auf die miserable finanzielle Lage der Hochschulen im Land aufmerksam machte und den *Landesweiten Aktionstag Bildung* auf die Beine stellte. Erstmals und auch in der bundesweiten Perspektive bemerkenswert ist die konsequente Zusammenarbeit und Kooperation der Hochschulpräsidien und der Studierendenschaften. Diese gemeinsame Stimme, die kurz vor der Landtagswahl 2012 den Wahlkampf bereicherte und die Hochschulpolitik, besonders die flächendeckende Unterfinanzierung der Hochschulen, in den Fokus rücken wollte, ist ein besonderer Erfolg. Jedoch sollte dabei kritisch betrachtet werden, dass etliche Ursachen der kumulierten Unterfinanzierung keinen ausreichenden Raum fanden und auch grundsätzlichere Fragen etwa nach echter Bildungsgerechtigkeit im medialen Raum vor der Landtagswahl wenig Platz fanden.

Zwar ist die strukturelle Unterfinanzierung auch weiterhin ein herausragendes Problem für Schleswig-Holstein, jedoch erkannte die Landesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Südschleswigischem Wählerverband (SSW) dies erstmalig im Koalitionsvertrag an. Ob und welche Konsequenzen dies bis 2017 haben wird, bleibt abzuwarten.

2013: *Bildung braucht ...*-Bündnis und das »Wie« der Forschungsfreiheit



Logo des bundesweiten Bildungsbündnisses *Bildung braucht ...*

Gestärkt aus den positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit und auf eine weitere Wahl vorausblickend, gründete sich im Jahr 2013 auf Initiative der Kieler und weiterer Studierendenschaften das Bündnis *Bildung braucht ...*

Zur Bundestagswahl 2013 schrieb sich das Bündnis aus sieben Landesvertretungen, über 20 Studierendenschaften, dem studentischen Bundesverband freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) sowie zahlreichen Schüler*innenvertretungen auf die Fahnen, für ein »einfaches, soziales, gerechtes, ausfinanziertes und frei zugängliches Bildungs-

system für alle« zu kämpfen. Das Auftreten sollte professionell sein, die Inhalte sollten wohlbedacht und -formuliert sein und dabei möglichst umfassend für den gesamten Bildungsbereich zwischen Kindertagesstätte und Hochschule gelten. Daher fanden auch gute Beschäftigungsverhältnisse, mehr Entfaltungsmöglichkeiten für kritische Wissenschaft, mehr individuelle Freiräume in der (Aus-)Bildung und das Thema Bildungsfinanzierung Platz in dieser Kampagne. Angesichts geplanter Sparmaßnahmen in zahlreichen, vor allem ostdeutschen Bundesländern und der mangelhaften Finanzierung in der Breite sowie etlicher struktureller Defizite zwischen medial verkündeter »Bildungsrepublik« und der Realität an Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sah man die Chance, Aufmerksamkeit im Bundestagswahlkampf für diese Themen zu gewinnen.

Zwischen Juni und Dezember sorgten Aktive des Bündnisses bei Wahlkampfauftritten von Bundeskanzlerin Merkel und Spitzenpolitiker*innen der Opposition, bei Demonstrationen, mit einer Online-Petition und intensiver Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass Bildungspolitik und vor allem ihre Finanzierung wenigstens ein Fünkchen Aufmerksamkeit im Bundestagswahlkampf erhielten. Das Bündnis konnte dennoch nicht dafür sorgen, dass Bildungspolitik eine wahlentscheidende Rolle gespielt hätte. Besonders befremdlich mutete dabei an, dass die Probleme im Bildungssystem allenthalben bekannt waren, die Verantwortung hierfür jedoch allzu häufig weitergegeben wurde. Für zukünftige Kampagnen können jedoch wesentliche Lehren gezogen werden, auf die auch später näher eingegangen werden soll.

Daneben beschäftigte die CAU und die Öffentlichkeit eine Prozentzahl: 73,1 % der Studierenden sprachen sich in einer Befragung dafür aus, dass der Passus »Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperation mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren« Eingang in die Grundordnung der CAU finden sollte. Teils heftige Reaktionen zeigten die Brisanz des Umgangs mit der Forschungsfreiheit und ein ausgesprochen reges Diskussionsinteresse quer durch die gesamte Hochschule. Die studentische Initiative für eine Zivilklausel, getragen vom Willen einer verantwortungsbewussten und (!) freien Wissenschaft, und das Befragungsergebnis sorgen seitdem für eine Diskussion über Abhängigkeit der Forscher*innen von Drittmitteln und Transparenzpflichten bei Forschungsvorhaben. Erste Wegsteine hin zu einem progressiven Umgang mit dem »Wie« der Forschungsfreiheit wurden durch die Etablierung der *Hinweise und Regeln der*

Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken sowie der Einsichtsmöglichkeit für Senator*innen in eine Übersicht sämtlicher Drittmittelprojekte bereits gelegt, der Diskurs hierüber wird aber sicherlich noch fortschreiten.

Perspektiven der Studierendenvertretung

Ein Blick auf die Perspektiven studentischer Interessenvertretung setzt voraus, den Status quo kritisch zu bewerten, dabei Probleme klar zu benennen und Entwicklungschancen zu sehen. Dabei soll erwähnt sein, dass dieser Blick keinesfalls den Anspruch auf Objektivität hat, sondern vielmehr ein persönliches Plädoyer für eine Diskussion über die Zukunft der Studierendenvertretung ist.

1. Koalitionen bilden!

Studieren, Arbeiten, Lehren und Forschen im Zwiespalt zwischen politisch erklärter »Bildungsrepublik« und einer Wirklichkeit, die diesem Slogan dank Unterfinanzierung diametral gegenübersteht, darf aus Perspektive der Studierenden kein Dauerzustand werden. Die CAU wird in Zukunft nicht mehr diejenige sein, die wir gewohnt sind und die wir uns vorstellen. Das bedeutet, dass wir alle Kräfte bündeln müssen, die sich der Lethargie einer allgegenwärtig scheinenden »Krise« im Hochschulbereich entgegenstellen und noch stärker als bislang auf die gesellschaftliche Bedeutung des Bildungswesens hinweisen müssen. Dafür müssen Studierendenschaft, Mitarbeiter*innen, Dozierende und Hochschulleitungen an einem Strang ziehen und auch ungewöhnliche Wege gehen. Kennt man protestierende Studierende inzwischen zur Genüge, so wäre eine gesamte Universität im Streik gegen Unterfinanzierung, die alle Angehörigen betrifft, dagegen ein Novum. Nicht zuletzt die Proteste gegen die Schließung der Universitätsmedizin in Lübeck und de facto damit der Universität Lübeck haben gezeigt, welche positiv-wohlwollende Aufmerksamkeit der Bildungsbereich in der breiten Öffentlichkeit genießt. Dies bestätigt der große Rückhalt hinter der *Bildung braucht ...*-Kampagne 2013. Der breite Durchschlag in der Öffentlichkeit kann nicht erreicht werden, wenn Proteste nur aufflackern und sich mancherorts eine Bequemlichkeit gegenüber dem Status quo

einstellt. In Zukunft bedarf es einer sinnvollen Vernetzung zwischen der CAU und anderen Hochschulen mit gesellschaftlichen Akteuren. Wir müssen kommunizieren, wie sich die Probleme alltäglich niederschlagen und, vor allem, warum Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen politischer Aufmerksamkeit und Sorgfalt bedürfen. Dabei darf es nicht auf eine Konkurrenz zwischen Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen hinauslaufen, denn eines braucht der Bildungsbereich sicherlich nicht: mehr Konkurrenz.

Kommen Hochschulthemen schon wenig in der Öffentlichkeit vor, so trifft dies umso mehr auf studentische Themen zu, die sich in der Öffentlichkeit zudem immer noch einem Irrglauben stellen müssen, den Harald Schmidt einmal mit dem schönen Spruch »Nach dem Abitur beginnt der Ernst des Lebens mit Fragen wie: Wo bekomme ich nachmittags noch ein Frühstück her?« umschrieb. Man könnte also sagen, dass Studierende und ihre Vertretung »Imagepflege« betreiben sollten, um zu kommunizieren, dass sich der Alltag von Studierenden stark von dem zu Zeiten anderer Generationen unterscheidet. Wir müssen innerhalb und außerhalb der Hochschule, unter Studierenden, Dozierenden, Präsidien, der Politik und der breiten Öffentlichkeit klarmachen, dass die Probleme, die wir artikulieren, real sind. Damit muss aber auch eine hochschulinterne Akzeptanz einhergehen, dass wir nicht zur eigenen Bespaßung vehement gegen Anwesenheitspflichten und Prüfungsdruck vorgehen, sondern es dabei z. B. um die Gesundheit von Studierenden, Bildungsgerechtigkeit und viel mehr als Regelungen in Prüfungsordnungen geht.

Gleichzeitig sind wir gefordert, uns darüber klarzuwerden, dass das Studium heute ein völlig anderes ist als »früher«. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, gerade denjenigen zu vermitteln, was unsere Anliegen sind, die das Studieren heute schlichtweg nicht kennen. Schaffen wir es, diese als Verbündete zu gewinnen, kann es überhaupt gelingen, eine gesellschaftliche Anerkennung der studentischen Lebensrealität mitsamt deren Problemen zu erreichen. Mit einer starken Vernetzung hinein in die Gesellschaft, sei es über Gewerkschaften, Parteien oder Interessengruppen insbesondere im Internet, kann es uns gelingen, die mitnichten neuen, offensichtlichen Probleme des deutschen Bildungssystems als Thema in der öffentlichen Diskussion zu setzen. Wir müssen vermitteln und erzählen können, »was Sache ist«, und aktuelle Grabenkämpfe überwinden. Bildung braucht eine Lobby und Studierendenvertretungen sollten hierfür rastlose Antreiber sein.

2. Das Nachwuchsproblem

Ohne eine lebendige studentische Selbstverwaltung ist eine Universität ein lebloser Ausbildungskäfig. Es ist daher in unser aller Interesse, engagierte Studierende zu fördern und bestmögliche Bedingungen für soziales und hochschulpolitisches Engagement an der Universität zu schaffen. Daneben steht das Problem, motivierten Nachwuchs für die zahlreichen Funktionen in der studentischen Interessenvertretung auf Fach-, Hochschul-, Landes- und Bundesebene zu finden. Für die Zukunft der Nachwuchsgewinnung braucht es hier noch mehr Mut, auch studienorganisatorische Barrieren abzubauen, etwa durch den konsequenten Verzicht auf Anwesenheitspflichten und eine paritätische Besetzung der akademischen Gremien. Aber erst paritätisch besetzte Gremien ermöglichen einen »Wettstreit der Argumente« und eine offene und ehrliche politische Kultur an der Universität. Was außer liebgewonnenen Privilegien spricht also dagegen, alle Universitätsangehörigen alle Entscheidungen treffen zu lassen, die diese nach verfassungsrechtlichen Geboten treffen dürfen?

Das Nachwuchsproblem könnte aber auch daher rühren, dass zu wenig Vernetzung zwischen der gewählten Interessenvertretung und den Studierenden etabliert ist. Der alljährliche Weckruf zur Uni-Wahl reicht nicht aus, wenn der Anspruch ist, sich für das bestmögliche Studium in Kiel einzusetzen. Die gewählten Mitglieder des AStA oder des StuPa müssen sich sicher sein können, dass das, was sie fordern und konzipieren, im Interesse der Kieler Studierenden ist. Diese Gruppe ist naturgemäß nicht einheitlich und in ihren Meinungen durchaus unterschiedlich, nichtsdestotrotz muss die berechtigte Forderung nach politischer Partizipation der Studierenden gepaart sein mit einem guten Informationsangebot, transparenter Arbeit und einer Einladung zu Mitarbeit und Vernetzung.

Bei aller grundsätzlichen hochschulpolitischen Arbeit sind Studierendenvertretungen aber auch gefordert, für ein Studium zu streiten, das wieder mehr Freiraum im Studium zum Finden von Interessen und eigener Persönlichkeit gibt. Man muss wieder mehr ausprobieren dürfen! Und zwar ohne die Gefahr, dass sich dies als »Fehler« in der Abschlussnote widerspiegelt. Gewinnt der Zwang zu permanenter Selbstoptimierung und dem perfekten Studium, kombiniert mit restriktiven Studienbedingungen als Gegenpol zum »klassischen« Studium, weiter überhand, zöge dies einen Zirkelschluss zum Anfang dieses

Punktes nach sich und höhlt die Studierendenvertretung von innen aus. Wir sollten also anfangen, für uns zu werben: für uns als Studierendenvertretung und für uns als Vertreter*innen eines modernen, individuellen Studiums. Dafür brauchen wir mehr aktive Engagierte und mehr Mut, unsere Perspektive laut und offenherzig in der Öffentlichkeit zu vertreten.

3. Mehr Mut!

Bildung ist ein Menschenrecht und eine der Kernkompetenzen eines demokratischen Staats. Dies sind sicherlich zwei Kernaussagen einer Studierendenvertretung und weiter Teile aller Hochschulangehörigen, die beständig und leitend für die Arbeit sind. Dennoch werden in den kommenden Jahren immer wieder Diskussionen um die Einführung sog. »sozialverträglicher, nachgelagerter Studiengebühren« kommen. Ebenso wird es auf absehbare Zeit keine umfangreiche Lösung für das Finanzierungsproblem geben. Dennoch werden auch strukturelle und qualitative Mängel nicht von heute auf morgen aus dem System verschwinden. Wenn wir aber gerechte Bildungsmöglichkeiten als elementaren Kern eines demokratischen Staats betrachten, dann heißt das auch, für eine gesicherte Ausfinanzierung dieser Bildungsangebote einzutreten – sei es mittels Steuern oder der Abkehr von der sog. Schuldenbremse in diesem Bereich. Die Schuldenbremsen in den Bundesländern zeigen schon jetzt ihre Schwachstelle: Zwingend benötigte Gelder zur Instandhaltung und für den Betrieb, eigentlich auch zur Modernisierung und zum Ausbau von Bildungseinrichtungen sind nicht verfügbar, da Bundesländer zum Sparen gezwungen sind. Schuldenbremsen entwickeln sich zu Bildungsbremsen, wenn Einnahmen nicht erhöht werden können und Ausgabenkürzungen bei jeder Haushaltsberatung abermals für den Bildungsbereich diskutiert werden oder sich strukturelle Veränderungen letztlich als Spaßmaßnahme herausstellen. Diese Diskussion spielt neben der Bedeutung für Schleswig-Holstein und damit für die CAU vor allem bundesweit eine Rolle, da weitgehende Veränderungen bildungspolitischer Natur nur auf dieser einen zentralen Ebene zu erreichen sein werden. Zwar ist die Kleinstaaterei im Bildungswesen nicht überwunden, dennoch werden Richtungsentscheidungen vor allem von der KMK und, auf der finanziellen Seite, vom Bund getroffen. Ist man sich also über die Grundfunktionen und die elementare, demokratie-stiftende Bedeutung von Bildung einig,

so lautet eine mögliche Schlussfolgerung daraus: Mehr Mut, dies gemeinsam zu kommunizieren und dafür einzustehen. Sog. »Sachzwänge« verstellen zwar häufig und meist unumgänglich den Blick für die Hintergründe des Status quo, dennoch sollte eine Diskussion über eben jene gerade vonseiten der Wissenschaftslandschaft immer wieder neu entfacht werden. Kritik allein reicht dabei nicht, vielmehr sind wir gemeinsam gefordert, unsere Lösungen anzubieten und in gesellschaftliche und politische Prozesse einzuspeisen.

Ausblick

Es scheint ein Trend zu sein, Artikel und Bücher wie *Empört Euch!* oder *Engagiert Euch!* zu verfassen, die andere zur Aufmüpfung auffordern. Da wäre es ein Leichtes, sich einzureihen und speziell für die CAU und ihre Studierendenvertretung mehr Initiative und Aktion einzufordern. Hier soll bewusst darauf verzichtet werden, da Initiativen, guter Wille und Tatendrang an vielen Stellen zur Genüge vorhanden sind. Ohnehin kann das allzu fordernde Appellieren zu noch mehr Engagement dazu führen, dass sich Frustration unter denjenigen breitmacht, die schon genau dies tun. Es kommt vielmehr darauf an, einen Raum zu bieten, um Partizipation an der politischen Kultur einer Hochschule zu ermöglichen und damit die Hochschuldemokratie ganz entscheidend zu stärken. Es kommt darauf an, die CAU gemeinsam zu gestalten, gemeinsam zu vertreten und gemeinsam mit anderen Akteuren für eine wahrlich exzellente »Bildungsrepublik« zu streiten. Schaffen wir diese Gemeinsamkeit, bieten sich großartige Potenziale *Für eine starke Kieler Uni* und eine »Bildungsrepublik«, die ihrem Namen gerecht wird – für ein *einfaches, soziales, gerechtes, ausfinanziertes und frei zugängliches Bildungssystem für alle*.